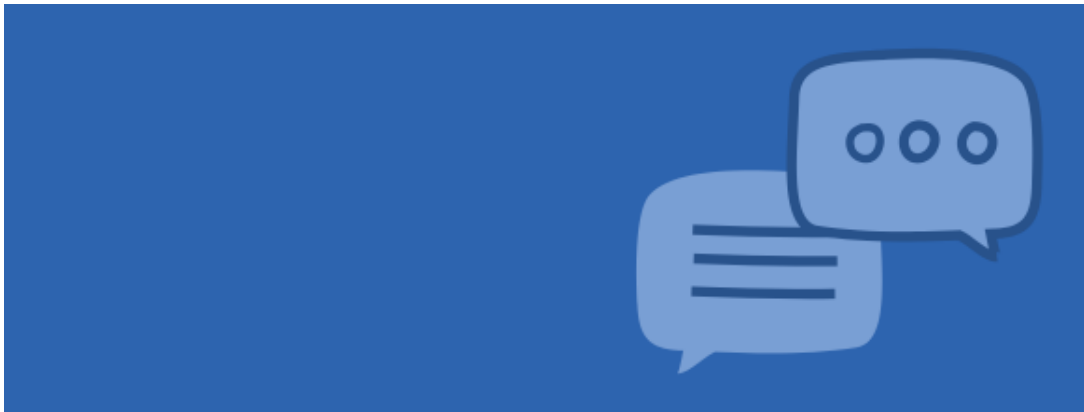


Newsletter des Deutschen Behindertenrats 02/2026



Liebe Leser*innen,

Gleichstellung und Teilhabe sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern müssen immer wieder eingefordert werden. Aktuell gibt es politisch viel zu tun: Die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) stockt weiterhin, die Zukunft der Eingliederungshilfe ist durch Kürzungsdebatten bedroht und Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen könnten durch die Reform der Krankenkassen durch höhere Zuzahlungen bei Arzneimitteln zusätzlich belastet werden.

Im Austausch mit Vertreter*innen der Bundesregierung setzt sich der Deutsche Behindertenrat (DBR) weiterhin für die Belange von Menschen mit Behinderungen ein. Dabei ist klar: Teilhabe darf nicht zur Sparmasse werden.

Am 5. Mai kommen diese wichtigen Themen auch wieder auf die Straße: Der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen steht in diesem Jahr unter dem Motto „Menschenrechte sind nicht verhandelbar“. Erneut gibt es zu diesem Anlass eine große Demo in Berlin. Treffpunkt ist um 15.30 Uhr am Brandenburger Tor, gemeinsam geht es von dort aus zum Roten Rathaus. Dort findet zwischen 16.30 und 17.30 Uhr eine Kundgebung statt (Gebärdensprachdolmetschung ist selbstverständlich dabei). Auch einige Vertreter*innen des DBR werden mit vor Ort sein und ein klares Zeichen für echte Teilhabe setzen.

Herzlichst,
Ihr Team des Deutschen Behindertenrates

Neues aus der Arbeit des DBR

Erstes Treffen der DBR-AG Triage

Am 06. März 2026 hat sich die neu gegründete DBR-AG zum Thema „Triage“ getroffen. Grundlage für die gemeinsame Arbeit war die „Übergreifende Basisposition der Verbände des Deutschen Behindertenrates“ vom 01. Februar 2022. Nach der aktuellen neuen Rechtslage

durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Thema „Triage“ im vergangenen Jahr ist eine neue Positionierung des Deutschen Behindertenrates zum Thema notwendig. Beim nächsten Treffen am 25. März 2026 wurden bereits vorläufige Ergebnisse zur Positionierung des DBR zur aktuellen Beschlusslage des Bundesverfassungsgerichts erarbeitet.

DBR nimmt an Schalte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BAMS) teil

Am 11. März 2026 hat die Schalte "Aktuelles aus Abteilung V des BMAS" mit DBR-Beteiligung stattgefunden. Dabei ging es um den aktuellen Stand der Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG), das Bundeskompetenzzentrum Leichte Sprache und Gebärdensprache, das Thema Triage, den aktuellen Sachstand zur Werkstattreform, den EU-Behindertenausweis und Neues zu den Schwerbehindertenvertretungen. Die nächste Schalte wird am 02. Juli 2026 stattfinden.

Politische Gespräche: Der DBR im Gespräch mit Wilfried Oellers

Am 20. März 2026 trafen sich Vertreter*innen des DBR mit dem behindertenpolitischen Sprecher der Unions-Fraktion, Wilfried Oellers. Beim Gespräch ging es um den Kabinettsentwurf zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG). Der DBR findet im aktuellen Kabinettsentwurf erhebliche Defizite. Die Reform bleibt hinter den Erwartungen der Menschen mit Behinderungen zurück und widerspricht in Teilen dem Geist der UN-Behindertenrechtskonvention. Über diese Defizite sprachen die Vertreterinnen und Vertreter des DBR mit Wilfried Oellers.



Auf dem Bild (v.l.) - hinten: Dorothee Czennia (Sozialverband VdK), Wilfried Oellers (CDU, Beauftragter für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen der Union), Nicole Kautz (BAG SELBSTHILFE e.V.)

Vorne: Anieke Fimmen (SoVD - Sozialverband Deutschland e.V.) und Wolfram Giese (Berater des Beauftragten für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen der CDU/CSU).

DBR spricht mit Jürgen Dusel beim regelmäßigen Jour Fixe

Am 31. März 2026 fand erneut ein Austausch mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, auf digitalem Wege statt. Themen waren das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) und der Reformprozess um die Eingliederungshilfe. Im Zusammenhang mit dem BGG waren sich die Teilnehmenden einig, dass hier im weiteren Gesetzgebungsprozess noch viel passieren muss, um das Gesetz wirklich als Fortschritt zu begreifen.

Inklusionsbeirat: Schreiben zur BGG-Änderung an die Abgeordneten des Bundestages

Im Namen der Beiratsmitglieder wurde ein Schreiben an die 326 Bundestagsabgeordneten der Regierungsfractionen formuliert und versendet. Darin wurden diese noch einmal auf den erheblichen Nachbesserungsbedarf beim Gesetzentwurf hingewiesen. Der Entwurf bleibe in zentralen Punkten hinter der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) zurück, er verbessere die Barrierefreiheit kaum und stärke den Schutz vor Benachteiligung nicht hinreichend.

Behindertenpolitischer Austausch von DBR und ABiD mit Regierungsdelegation aus Bhutan

Am 16. April 2026 fand ein Austausch zum Thema Behindertenpolitik zwischen ABiD, DBR und einer Regierungsdelegation aus Bhutan im Internationalen Handelszentrum Berlin statt. Zentrale Themen waren die Umsetzung von Inklusion in Deutschland und Bhutan im Gesundheits- und Bildungswesen, Sozialgesetzgebungsprozesse, die Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung sowie der Dialog zwischen Regierung und Behindertenorganisationen. Perspektivisch soll der Dialog fortgesetzt werden.



Veröffentlichungen

- Zum **Referenten-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelung über ärztliche Zwangsmaßnahmen im Betreuungsrecht** haben mehrere Verbände Stellung bezogen:
 - **Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE e.V. (BAG SELBSTHILFE)**: Die BAG SELBSTHILFE hat eine Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelung über ärztliche Zwangsmaßnahmen im Betreuungsrecht und zur Stärkung des ultima-ratio-Gebots sowie der Selbstbestimmung der Betroffenen veröffentlicht. [Die Stellungnahme ist hier abrufbar.](#)
 - **Bundesvereinigung Lebenshilfe**: Auch die Lebenshilfe hat eine Stellungnahme veröffentlicht, die sich mit dem Referenten-Entwurf auseinandersetzt. [Diese kann hier eingesehen werden.](#)
 - **Der Paritätische Gesamtverband** hat eine Fachinfo der BAGFW zur Regelung über ärztliche Zwangsmaßnahmen im Betreuungsrecht veröffentlicht. Die BAGFW steht der geplanten Öffnung für weitere Behandlungsorte bei ärztlichen Zwangsmaßnahmen kritisch gegenüber, räumt aber die verfassungsrechtlich

gebotene Notwendigkeit einer Neuregelung ein. Sie fordert dabei strenge Vorgaben, eine konsequente Ausrichtung auf die Vermeidung von ärztlichen Zwangsbehandlungen sowie klare Begriffsdefinitionen. Es wird betont, dass ärztliche Zwangsmaßnahmen einen besonders schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte darstellen und strikt auf Ausnahmesituationen beschränkt bleiben müssen. [Die gesamte Stellungnahme ist hier abrufbar.](#)

- Auch zum Entwurf des Ersten Gesetzes zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe haben mehrere Verbände Stellung genommen:
 - **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ):** „Weichenstellung durch SGB VIII-Reform: nicht auf übersteigerte Erwartungen zusteuern, sondern wirksam Unterstützungszugänge eröffnen“ damit eröffnet die AGJ ihre Stellungnahme zur Reform des SGB VIII, [die hier online steht.](#)
 - **BAG SELBSTHILFE:** Zum Entwurf des Ersten Gesetzes zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe hat die BAG S eine aktuelle Stellungnahme veröffentlicht, [die hier abrufbar ist.](#)
 - **Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.:** [Die Stellungnahme der Lebenshilfe ist hier zu finden.](#)
 - **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband Deutschland e.V. (DBSV):** [Die Stellungnahme des DBSV ist hier zu finden.](#)
 - **Der Paritätische Gesamtverband:** Mit dem Titel: „Paritätischer enthüllt internes Arbeitspapier: Drastische Kürzungspläne gefährden Leistungen für Menschen mit Behinderungen, Kinder und Familien“ hat der Paritätische eine Pressemitteilung veröffentlicht. Dem Verband liegt ein internes Arbeitspapier vor, das belegt: Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände diskutieren im Verborgenen drastische Kürzungen bei Leistungen für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen. Das 108-seitige Dokument, das heute vom Paritätischen veröffentlicht wird, stammt aus einer Arbeitsgruppe, die abseits der Öffentlichkeit harte Einschnitte für Menschen mit Behinderungen und für Kinder und Jugendliche diskutiert. Es enthält mehr als 70 Kürzungsvorschläge mit einem bezifferten Volumen von über 8,6 Milliarden Euro. [Hier ist der gesamten Text der Pressemitteilung abrufbar.](#)
- **Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland (ABiD):** Der ABiD hat einen offenen Brief an die Bundesregierung initiiert mit dem Titel: Menschen mit Behinderungen dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. [Die Pressemitteilung dazu ist hier abrufbar.](#) Es gibt auch die Möglichkeit, mitzuzeichnen. Interessierte wenden sich direkt an den ABiD unter petra.heidrich@abid-ev.de.
- **Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.:** Zum Welt-Down-Syndrom-Tag am 21. März 2026 hat die Lebenshilfe eine Pressemitteilung mit dem Titel „Gegen unkontrollierte Kassenleistung bei Blutttests: Lebenshilfe fordert Überprüfung der Umsetzung“ veröffentlicht. Damit weist der Verein kritisch auf die Kassenleistung bei pränatalen Blutttests auf Trisomien hin. Die gängige Praxis, so die Lebenshilfe, sei mittlerweile, dass diese regelhaft und nicht nur bei Risikoschwangerschaften eingesetzt werden. [Die ganze Pressemitteilung ist hier abrufbar.](#)
- **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV):** Der DBSV hat eine Pressemitteilung zur Nominierung von Brailleschrift in das weltweite Immaterielle Kulturerbe der Menschheit veröffentlicht. Deutschland und Frankreich haben

gemeinsam auf Initiative des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes (DBSV) und französischer Blindenorganisationen beantragt, dass die Schrift in das weltweite Immaterielle Kulturerbe der Menschheit aufgenommen wird. Ende 2027 wird die UNESCO über die Nominierung entscheiden. [Hier steht die gesamte Pressemitteilung online.](#)

• **Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V. (ISL):**

- Der ISL hat das neue Praxisbuch „(Antidiskriminierungs-)Beratung ohne Ableismus“ zum Abschluss des Förderprogramms Respekt*land herausgegeben. Das Förderprogramm endete zum 31.01.2026 und damit auch die „Fachstelle für Antidiskriminierungsberatung behinderter Menschen“, ein gemeinsames Projekt des ISL e.V. mit akse e.V.. Um eine ableismussensible Antidiskriminierungsberatung dennoch nachhaltig zu fördern, wurde im Rahmen des Projekts das neue Praxisbuch veröffentlicht. Damit werden die im Projekt entwickelten fachlichen Erkenntnisse langfristig gesichert und für die Beratungspraxis dauerhaft zugänglich gemacht. Das Praxisbuch richtet sich insbesondere an Mitarbeitende in Antidiskriminierungs- und Beratungsstellen und unterstützt sie dabei, ableismuskritische Perspektiven systematisch in ihre Arbeit und darüber hinaus zu integrieren. [Das Praxisbuch steht hier zum Download bereit.](#)
- Der ISL hat auch eine Pressemitteilung zu 17 Jahren UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland herausgegeben. Mit Blick auf die BGG-Reform blickt der ISL kritisch auf die bisherigen Ansätze zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen, obwohl die UN BRK seit 17 Jahren in Deutschland gilt. [Der ganze Text ist hier abrufbar.](#)

• **Medizinischer Dienst Bund (MD):** Der MD hat den Bericht zur Versichertenbefragung zur Pflegebegutachtung 2025 veröffentlicht. Dieser enthält die bundesweiten Ergebnisse der repräsentativen Versichertenbefragung zur Pflegebegutachtung für das Jahr 2025 sowie die Einzelberichte aus den 15 Medizinischen Diensten. [Der Bericht ist auf der Homepage des MD abrufbar.](#)

• **Sozialverband VdK (VdK):** Der VdK hat eine Pressemitteilung zur BGG-Reform herausgegeben. Der Verband drängt darin auf Korrekturen, denn der Entwurf enthält gravierende Schwächen bei Barrierefreiheit und Rechtsschutz. Daneben wird Bezug auf die bisherigen Verzögerungen im Gesetzgebungsprozess genommen, die in der Kritik stehen. [Die ganze Pressemitteilung steht hier online.](#)

• **Weibernetz e.V.:** Der Verein Weibernetz hat eine Pressemitteilung zum Internationalen Frauentag veröffentlicht. Darin fordert der Verein sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung für Frauen mit Beeinträchtigungen. Denn der alte Wahlspruch der Frauenbewegung „Ob Kinder oder keine, entscheide ich alleine!“ gilt für sie sehr häufig nicht, weil gesellschaftliche Strukturen dies oft verhindern. Hier können Sie [die gesamte Pressemitteilung von Weibernetz e.V. einsehen.](#)

• **Werkstatträte Deutschland e.V.:** Der Verein Werkstatträte Deutschland hat das Info-Heft Schwerbehindertenvertretung veröffentlicht. Durch ein Gerichts-Urteil werden spätestens diesen Herbst in vielen Werkstätten die Schwerbehinderten-Vertretung auch durch Beschäftigte der Werkstätten neu gewählt. Dazu gibt es viele Fragen, zu denen der Verein das Info-Heft erstellt hat. Darin geht es um Fragen, wie: Wer darf wählen? Was sind die Aufgaben der SBV und die vom Werkstatt-Rat? Warum ist gute Zusammen-Arbeit wichtig? [Die gesamte Publikation steht hier online.](#)

Termine

- **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ):** Die AGJ lädt zur Veranstaltung „Frühkindliche Bildung inklusiv gestalten – Perspektiven aus Finnland und Deutschland“ am **13. Mai 2026** ein. Die Veranstaltung findet online von 13 Uhr bis 14:30 Uhr statt. [Zur Anmeldung geht es hier.](#)
- **Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e. V. (DVfR):** Die DVfR lädt zur Fachtagung „Inklusion besonders vulnerabler Beschäftigungsgruppen“ am **21. Mai 2026** in Halle (Saale) ein. [Programm und Anmeldeformalitäten stehen hier.](#)
- **Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament:** Katrin Langensiepen, Mitglied des Europäischen Parlaments lädt zu einem Inklusionsempfang am **Freitag, 29. Mai 2026** von 18:30-21:00 Uhr im Gartensaal in Hannover ein. Dort sollen Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit für das Thema Inklusion und vielfältige Gesellschaft sowie Wertschätzung von Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. [Anmeldung und Programminformationen finden sich hier.](#)
- **Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)** – Die ADS lädt am **9. Juni 2026** zum Empfang „20 Jahre Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)“ im Tipi in Berlin ein. 2006 wurde in Deutschland das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eingeführt. 20 Jahre später soll das Gesetz reformiert werden. Gut so, denn das AGG ist wichtiger denn je. Die ADS lädt am 9. Juni 2026 ins Tipi am Kanzleramt in Berlin ein, um darüber ins Gespräch zu kommen. [Anmeldung und Informationen zum Programm finden sich hier.](#)
- **Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm):** Der bvkm lädt zum 1. Sozialpolitischer Fachtag am **18. Juni 2026** ein. Schwerpunkt ist das Thema „Inkontinenzversorgung“. Bei diesem Thema können Betroffene sehr viel Geld sparen. Gesetzlich Krankenversicherte mit Inkontinenz haben nämlich einen Rechtsanspruch auf die Versorgung mit Inkontinenzhilfen in der erforderlichen Qualität und Menge. Eine solche Versorgung ist kein Luxus, sondern das gute Recht der Betroffenen. Häufig zahlen Versicherte aber zu viel Geld für angeblich „höherwertige“ Inkontinenzartikel. Weitere Themen des Fachtags sind der Dialogprozess zur Eingliederungshilfe und die für dieses Jahr angekündigte Pflegereform. [Zum Programm und Anmeldeinformationen geht es hier.](#)
- **Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e. V. (DVSG):** Die DVGS weist auf ihren im Oktober stattfindenden Bundeskongress hin. Dieser bietet Fachkräften des Gesundheits- und Sozialwesens aus Praxis, Lehre, Forschung und Selbsthilfe eine fachliche Diskussions- und Fortbildungsplattform. Dieses Jahr findet er am **15. und 16. Oktober** in Düsseldorf statt und hat das Motto: „Mut zur Haltung: Zukunft schon heute gesund und sozial gestalten“. [Hinweise zum Programm und zur Anmeldung stehen hier.](#)

Einladung zum Mitwirken

Lebenshilfe startet Petition "Teilhabe ist Menschenrecht"

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe befürchtet, dass der in Deutschland immer weiter steigende Kostendruck zu harten Einschnitten für Menschen mit Behinderung führen wird. Um Kürzungen bei der Eingliederungshilfe zu verhindern, hat der Verband die bundesweite Kampagne „Teilhabe ist Menschenrecht“ gestartet. Ende Februar hat die Lebenshilfe zudem beim Deutschen Bundestag eine Petition initiiert. Auch der DBR gehört zu den mitunterzeichnenden Organisationen. Bis 25. Mai sollen mindestens 30.000 Menschen unterzeichnen. [Weitere Infos und die Möglichkeit zum Mitzeichnen gibt es hier.](#)

Inklusives Kletterprojekt sucht Teilnehmende

Das Forschungsinstitut für Inklusion durch Bewegung und Sport (FIBS) sucht für das inklusive Kletterprojekt "Buddy-Klettern" Interessierte. Das Projekt ist ein wissenschaftlich begleitetes, inklusives Kletterangebot, bei dem Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam klettern. Gesucht werden Kletterer*innen mit Behinderungen (insbesondere Menschen mit Lernschwierigkeiten), die klettern möchten und dabei Unterstützung brauchen und Kletter-Buddys, also Menschen, die ihre Leidenschaft fürs Klettern teilen und sich sozial engagieren möchten. Mehr Infos zur Teilnahme [gibt es hier.](#)

Anfrage für eine Masterthesis im Fach-Bereich Journalismus

Eine Studentin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz sucht Unterstützung bei ihrer Abschlussarbeit im Fach Journalismus. „Für meine Masterarbeit schreibe ich derzeit an einem Artikel über Familien von Menschen mit Behinderung in den Sozialen Medien. Konkret versuche ich zu erfahren, warum Familien über ihre Angehörigen mit Behinderung Social Media Content machen, welche Vorteile aber auch Folgen das für die betroffenen Personen haben kann“, schreibt Frau Bartel. Hierzu sind Interessierte aufgerufen, sich unter der E-Mail-Adresse albartel@students.uni-mainz.de an sie zu wenden.

Sonstiges

Daten aus größter Befragung zu Benachteiligung veröffentlicht

Neun Millionen Menschen erleben in Deutschland Diskriminierung. „Dieses Ausmaß an Diskriminierung gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ so Ferda Ataman, Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung. Mehr als 13 Prozent der Menschen in Deutschland berichten demnach davon, in den letzten zwölf Monaten Diskriminierung erfahren zu haben - umgerechnet auf die erwachsene Bevölkerung entspricht das rund 9 Millionen Menschen. Das zeigen Daten aus der Hauptbefragung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Weiter führt Ferda Ataman aus: „Die Ergebnisse der Umfrage sind ein klarer Auftrag an Politik und Gesellschaft. Denn nun wissen wir ganz eindeutig: Diskriminierung ist keine Randerscheinung, sondern ein Kernproblem.“ [Hier ist die Pressemitteilung](#) der Antidiskriminierungsstelle einzusehen, die [vollständige Studie finden Sie hier.](#) Die [Kurzfassung der Studie](#) ist hier zu finden.

Recherche zu Sterilisation von Menschen mit Behinderungen

Das Magazin andererseits hat eine

Neue Förderrunde für partizipative Kulturprojekte

Das größte Förderprogramm des Fonds

Recherche zur Sterilisation von Menschen mit Lernbehinderungen erstellt. „andererseits“ ist ein Magazin für Behinderung und Gesellschaft, bei dem Menschen mit und ohne Behinderungen kritisch und gleichberechtigt zusammenarbeiten. Die Recherche hat gezeigt, dass Menschen mit Behinderungen manchmal immer noch sterilisiert werden, ohne dass sie das selbst-bestimmt entschieden haben. Die Erkenntnisse und Gespräche wurden in der Doku "Hauptsache, du kriegst kein Kind" verarbeitet. [Diese kann hier abgerufen werden.](#)

Soziokultur geht in die nächste Runde. Bis 2. Mai 2026 können Anträge für die Allgemeine Projektförderung eingereicht werden. Gesucht werden Projektideen, mutige Ansätze und innovative Methoden. Gefördert werden zeitlich befristete Vorhaben, die Menschen vor Ort aktiv in Konzeption und Durchführung einbeziehen und ein gesellschaftspolitisches oder soziales Thema mit kulturellen Mitteln bearbeiten. Projekte, die etwas Neues ausprobieren, ein aktuelles Thema, ein innovatives Format, eine neue Zielgruppe oder ungewöhnliche Orte und für die soziokulturelle Arbeit stehen. Mehr Informationen [gibt es hier.](#)

Podcastfolge des DBSV zum Kinofilm „Als wäre es leicht“

in der neuen Folge des Sichtweisen-Podcasts des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbands geht es um einen besonderen Film: „Als wäre es leicht“ erzählt die Liebesgeschichte zwischen einem blinden Mann und einer gehörlosen Frau, die eigene Wege der Kommunikation finden müssen. Die Hauptrollen werden von einem Schauspieler und einer Schauspielerin gespielt, die auch im echten Leben blind und gehörlos sind. Im Sichtweisen-Podcast gibt Hauptdarsteller David Knors Einblicke in die Entstehung und die Besonderheiten der Produktion. Den [Podcast finden Sie hier.](#)

Neue Website für barrierefreies Reisen: "Reisen für Alle"

Reisen für Alle – Barrierefreier Urlaub und Freizeitangebote in Deutschland: Damit ist die neue Webseite der Bayern Tourist GmbH überschrieben. „Reisen für Alle“ ist das bundesweit einheitliche Informations- und Kennzeichnungssystem für barrierefreies Reisen in Deutschland. Hierbei wird das Ziel verfolgt, verlässliche und transparente Informationen zur Barrierefreiheit entlang der gesamten touristischen Dienstleistungskette bereitzustellen, um selbstbestimmtes Reisen und die entsprechende Planung zu unterstützen. Die [neue Website ist hier zu erreichen.](#)

Deutscher Hörfilmpreis 2026: Die Gewinnerinnen und Gewinner stehen fest

Am 24. März 2026 wurde in Berlin der 24. Deutsche Hörfilmpreis vom Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) vergeben. Insgesamt 20 Produktionen waren in sechs Kategorien nominiert. Moderiert wurde die feierliche Gala, die im historischen Colosseum Filmtheater in Berlin stattfand, von Nadine Heidenreich. Die [Preisträger*innen und die ausgezeichneten Filme stehen hier online.](#)

Barrierefreie Büroräume in Berlin Wedding suchen Nachmieter:innen

„Aktiv und Selbstbestimmt e.V.“ verlässt seine barrierefreien Büroräume in Berlin-Wedding. Das Büro kann daher frühestens ab Mai 2026 neu angemietet werden. Die Fläche umfasst ca. 83 m² und eignet sich besonders gut für Organisationen, die im Bereich Beratung,

Selbstvertretung oder Inklusion tätig sind. Genauere Infos finden sich [hier auf der Webseite von Akse e.V.](#)

Deutscher Behindertenrat (DBR)

c/o BAG SELBSTHILFE
Mariendorfer Damm 159
12107 Berlin

Telefon: +49 (0) 211 31006 - 54/55

Fax.: +49 (0) 211 31006 - 66

E-Mail: info@deutscher-behindertenrat.de

Webseite: www.deutscher-behindertenrat.de

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält oder verlinkt auf Informationen und Inhalte von Dritten. Diese haben wir nicht auf Barrierefreiheit geprüft.

[Vom DBR-Newsletter abmelden](#)